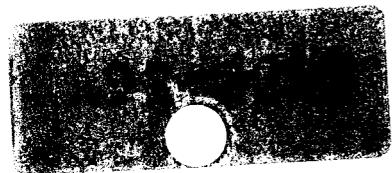
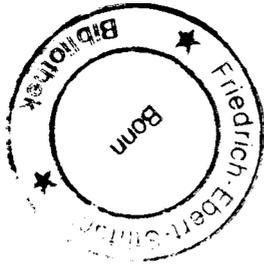


Verant- wortung

Die Stärke Baden-Württembergs

SPD 





92-2299

Herausgeber:
SPD, Landesverband Baden-Württemberg
Schloßstraße 68, 7000 Stuttgart
Verantwortlich: Jörg Trautner
Gestaltung: PLOOG Kommunikation
Druck: Druckerei Weinmann



Diese Information ist auf
weißem, chlorfrei gebleichtem
Umweltschutzpapier gedruckt.

Die Stärke Baden-Württembergs.

Sozialdemokratisches Programm für eine neue Landesregierung

- | | |
|---|----|
| I. Den Wirtschaftsstandort Baden-Württembergs stärken: Ideen und Investitionen für den ökologischen und sozialen Umbau unserer Wirtschaft. | 5 |
| 1. Investitionen begünstigen | 7 |
| 2. Qualität und Qualifikation neu entdecken | 9 |
| 3. Technologie gestalten | 15 |
| 4. Die Energiewirtschaft umorientieren | 18 |
| 5. Neue Wege der Verkehrspolitik beschreiten | 19 |
| 6. Die Entwicklung der Regionen betonen | 23 |
| II. Unser schönes Land vor Zerstörung bewahren: Priorität für eine gesunde und saubere Umwelt. Zukunft für eine naturverträgliche Landwirtschaft. | 25 |
| 1. Das Umweltrecht modernisieren | 26 |
| 2. Der Abfallvermeidung Vorrang einräumen | 27 |
| 3. Die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten | 28 |
| 4. Unserer Landwirtschaft neue Perspektiven geben | 31 |
| III. In der modernen Gesellschaft: Menschliche Bindungen stärken. Vielfalt des Zusammenlebens bejahen | 34 |
| 1. Die Familie zeitgemäß verstehen | 35 |
| 2. Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung fördern | 37 |

3. Den Eltern mehr familiäre Gestaltungsspielräume geben	38
4. Einsamkeit im Alter vermeiden	40
5. Mit Behinderten leben	42
6. Soziale Grundsicherung	43
IV. Im Land der Querdenker: Verkrustungen aufbrechen. Die freiheitliche, solidarische Kulturgesellschaft ausbauen.	44
1. Die Landesverfassung weiterentwickeln	45
2. Frauen in Beruf und Gesellschaft gleichstellen	47
3. Saubere Verhältnisse in Verwaltung und Justiz herstellen. Die innere Sicherheit verbessern	48
4. Freiheit an Schulen und Hochschulen ausbauen	50
5. Die kommunale Demokratie stärken	52
6. Die Kultur des guten Zusammenlebens pflegen	53
7. Die Kultur in der Demokratie fördern	56
8. Selbstentfaltung im Sport fördern	59

Die Stärke Baden-Württembergs.



Dieter Spöri mit seinem Regierungsteam: (v.l.n.r.) Peter Reinelt (Bundesrat), Peter Hofelich (Wirtschaft), Frieder Birzele (Recht), Brigitte Wimmer (Bildung), Ulrich Maurer (Innen), Dieter Spöri, Brigitte Unger-Soyka (Hochschule und Wissenschaft), Heidi Schüller (Gesundheit und Soziales), Harald B. Schäfer (Umwelt und Verkehr), Helga Solinger (Kultur), Ruth Weckenmann (Frauen), Heinke Salisch (Agrar und Europa), Erhard Klotz (Finanzen).

Sozialdemokratisches Programm für eine neue Landesregierung

Unser Baden-Württemberg braucht neuen Schwung. Die großen Chancen unserer Heimat müssen ideenreicher genutzt und ihre zunehmenden Probleme entschlossener angepackt werden, um damit auch der wachsenden Verantwortung im vereinigten Deutschland gerecht zu werden. Um für die Zukunft gut gerüstet zu sein, braucht unser Land jetzt die politische Erneuerung durch demokratischen Wechsel. Die SPD des Landes tritt zur Landtagswahl 1992 an, um mit ihrem Engagement dem Land diesen neuen Schwung und damit eine gute Zukunft für alle zu

Wir wollen neuen Fortschritt für Baden-Württemberg.

geben. Durch unseren Zukunftsentwurf sichern wir die Stärke Baden-Württembergs.

Dieser Zukunftsentwurf ist das Ergebnis von vielen Gesprächen mit vielen Frauen und Männern unseres Landes: Wir wollen neuen Fortschritt für Baden-Württemberg. Wir wollen einen wirtschaftlich wettbewerbsfähigen Standort Baden-Württemberg zu einer europäischen Modellregion für den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft ausbauen. Wir wollen unser reiches Land auch zum Vorbild für Leistung und Gerechtigkeit machen. Wir wollen, daß eine freie und aufgeklärte Bürgerschaft sich gegenüber Filz und Spießertum durchsetzt.

Die baden-württembergische CDU ist heute ein verbrauchtes Machtkartell, dem Phantasie und Kraft für die Lösung der zentralen Zukunftsfragen unseres Landes fehlen. Sie hat unser Land zu einem Land der Skandale und des politischen Machtmißbrauchs gemacht. Sie hat die Menschen nicht gerecht behandelt, die Umwelt massiv geschädigt, unsere wirtschaftliche Stärke ins Risiko gebracht. Sie ist abgenutzt und ohne Kraft zur Erneuerung.

Wir Sozialdemokraten werden eine Regierungspolitik verfolgen, die wieder an den Bedürfnissen und Interessen der Bürgerinnen und Bürger ansetzt.

Wir wollen für die Menschen konkrete Verbesserungen in all den Bereichen, die jahrelang vernachlässigt wurden

und uns heute schwer belasten: Verkehrskollaps, Pflege-
notstand, Landschaftsverbrauch, Müllberg, Wohnungs-
mangel, fehlende Kinderbetreuungsplätze und vieles an-
dere mehr.

Wir wollen die Dinge in Ordnung bringen, die aus dem Lot
geraten sind: Da ist der Machtmißbrauch und Filz der Lan-
des-CDU, die Benachteiligung ganzer Berufsgruppen wie
die der Polizisten oder der Pflegeberufe, die einseitige
Wirtschaftsstruktur des Landes mit ihrer gefährlichen Ab-
hängigkeit vom Auto, das ungelöste Problem der Zuwan-
derung von Asylbewerbern und Aussiedlern, aber auch
die Spießigkeit und Enge, die sich im öffentlichen Leben
des Landes eingestellet hat.

Wir wollen schließlich, daß Leistung neuen Sinn erhält:
Vorrang für solidarisches Handeln, leistungsgerechte Be-
zahlung, ökologische Verantwortung der Wirtschaft, Er-
halt unserer Landschaft und unserer Stadtbilder, Anerken-
nung des Ehrenamtes, mehr Zeit für den Mitmenschen
sind heute mehr denn je notwendig.

Unser Programm „Die Stärke Baden-Württembergs“ will
all dies einlösen. Es steht in der Tradition unseres Landes:
Was wir vorschlagen, ist sozial verantwortlich, finanziell
solide und nahe am Bürger.

Was verbessert und was ins Lot gebracht werden muß,
was einen neuen Sinn erhalten und was bewahrt werden

**Wir wollen
einen wirt-
schaftlich wett-
bewerbsfähigen
Standort Baden-
Württemberg zu
einer europäi-
schen Modell-
region für den
ökologischen
Umbau der
Industrie-
gesellschaft
ausbauen.**

soll, haben wir in vier Leitthemen für eine sozialdemokratische Regierungspolitik zusammengefaßt. In ihnen finden sich die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger des Landes. Denn sie sind es, die im Mittelpunkt unserer Politik stehen und die Zukunft Baden-Württembergs mitgestalten sollen.

I. Den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg stärken:

Ideen und Investitionen für den ökologischen und sozialen Umbau unserer Wirtschaft.

Ohne wirtschaftlichen Erfolg kann es keinen sozialen und kulturellen Fortschritt geben. Deshalb braucht unser Land wirtschaftspolitische Kompetenz in seiner Regierung. Die zentrale wirtschaftspolitische Zukunftsfrage bei einer durch die fernöstliche Herausforderung, den Europäischen Binnenmarkt 1993 und die Öffnung der osteuropäischen Märkte verschärften Standortkonkurrenz ist für uns: Wie sichern wir unter diesen schwierigen Bedingungen die Position Baden-Württembergs als einer wirtschaftlich starken Region, ohne unsere natürlichen Lebensgrundlagen weiter zu zerstören? Der ökologische und soziale Umbau wird zum Erfolgsmaßstab.

Unsere Wirtschaft und damit der Wohlstand der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist belastet: Die jahrelang von den CDU-Regierungen in Bonn und Stuttgart betriebene oder unterstützte Umverteilung von den mittleren und kleinen Einkommen zu den Großverdienern hat das Gerechtigkeitsgefühl verletzt. Die ökologische Krise behindert mit Verkehrsstaus und Müllhalden schon längst unsere wirtschaftliche Entwicklung. Die Wohnungskrise wird zum wirtschaftlichen Standortnachteil und führt zu

**Unser Land
braucht wieder
Wirtschafts-
kompetenz in
der Regierung.**

Wir wollen die Freiheitschancen der Einzelnen mehr und dafür eintreten, daß ihre Chancen wachsen, ihr Leben selbstverantwortlich zu gestalten.

massiven sozialen Problemen und schließlich: Die zunehmende fernöstliche Konkurrenz deckt schonungslos die strukturpolitischen Versäumnisse der letzten Jahre auf. Wir brauchen eine neue Politik für Arbeit und Wohlstand. Es ist Zeit für eine neue Anstrengung, um die Stärke Baden-Württembergs zu erhalten und fortzuentwickeln. Von der Wirtschaftspolitik der CDU sind dafür keine Impulse mehr zu erwarten.

Die Späth- und Teufel-Regierungen haben weder die Bundesregierung beeinflußt, die Vereinigung sozial gerechter zu gestalten, noch haben sie die Wirtschaft des Landes auf schwierigere Zeiten vorbereitet. Sagen wir es klar heraus: In den letzten Jahren ihrer Alleinherrschaft hat die CDU-Regierung die Leistungskraft des Landes eher ausgebeutet als sie für die Zukunft erneuert.

Wir sagen aber auch dies: Es geht nicht um die Regierungspolitik allein. Es geht um mehr Gerechtigkeit unter den Menschen. Zu viele gibt es, die sich ohne große Leistung unangemessen bereichert und dann diesen Reichtum verschwendet haben. Wir Sozialdemokraten nehmen den Sozialstaatsauftrag unseres Grundgesetzes ernst. Der Staat hat die Pflicht, für einen Ausgleich der sozialen Gegensätze, für eine gerechte Sozialordnung zu sorgen und damit allen eine gute Zukunft zu ermöglichen. Wir badenwürttembergischen Sozialdemokraten stellen uns dieser Aufgabe. Wir wollen den Ausbau der sozialen Infrastruktur dem gesellschaftlichen Wandel anpassen und neue Schwerpunkte setzen. Der notwendige Strukturwandel

darf auch in Zukunft nicht dazu führen, daß Gruppen von Menschen an den Rand unserer Gesellschaft gedrängt und abgeschoben werden. Wir brauchen deshalb mehr, nicht weniger Solidarität. Wir Sozialdemokraten wollen die Freiheitschancen der einzelnen mehren und dafür eintreten, daß ihre Chancen wachsen, ihr Leben selbstverantwortlich zu gestalten. Freiheit kann nur in einer sozial gerechten, einer solidarischen Gesellschaft bewahrt werden.

Wir brauchen ein überzeugendes Leitbild für verantwortliches Wirtschaften in unserem Land. Eine Vision. Wir Sozialdemokraten wollen die ökologische, menschliche und wettbewerbsfähige Wirtschaft. Und wir haben klare Vorstellungen, wie wir dahin kommen.

1. Investitionen begünstigen

Wir brauchen in der Wirtschaft des Landes mehr Investitionen, damit die Grundlagen unseres Wohlstandes erneuert werden. Auch für die Investition ausländischen Kapitals muß unser Land mit seiner international verflochtenen Wirtschaft attraktiv bleiben. Die mittelständischen Unternehmen müssen durch eine vorausschauende Politik in die Lage versetzt werden, neue Produkte und Produktionsverfahren zu entwickeln und einzuführen, damit sie auch in Zukunft ihre Chancen im Wettbewerb des Marktes nutzen können.

Deshalb werden wir im Bundesrat die Initiative zu einer für die öffentlichen Haushalte aufkommensneutralen Unternehmenssteuerreform ergreifen mit dem Ziel, einerseits die bestehenden Abschreibungs- und Rückstellungsmöglichkeiten auf das international übliche Niveau abzubauen und andererseits für wiederinvestierte Gewinne den Steuersatz auf ein konkurrenzfähiges Maß zu senken.

Für kleine und mittlere Unternehmen werden wir

- die Möglichkeit der steuerfreien Ansammlung von Investitionsrücklagen anstreben,
- die Technologieberatung ausbauen sowie die gemeinsame Forschung und Entwicklung und die Entwicklung gemeinsamer Marketingkonzepte fördern,
- den Aufbau einer unternehmensspezifischen Organisations- und Personalberatung fördern.

Die Produktions- und Verfahrenstechnik unserer Industrie ist betriebswirtschaftlich effizient, aber ökologisch noch nicht auf der Höhe der technologischen Möglichkeiten. Die Perspektiven unserer Industrie liegen aber vor allem darin, daß innovative Unternehmen den zunehmenden Bedarf an umweltverträglichen Produktionsmitteln und Produkten erkennen und ihr Marktverhalten daran orientieren. Daraus entstehen Wettbewerbsvorteile auf dem Weltmarkt. Unser Land soll Spitzenreiter bei der Entwicklung, der Produktion und dem Vertrieb ökologisch verantwortbarer Produkte und Verfahren werden.

Wir wollen mit marktwirtschaftlichen Methoden diese technologische Entwicklung voranbringen und damit unser Land zum weltweiten Modell für die ökologische Marktwirtschaft machen.

Deshalb werden wir

- Umweltabgaben einführen, durch die umweltbelastende Produktionsmethoden verteuert werden und Fortschritte in der Umwelttechnik unmittelbar zur Kostenentlastung führen,
- aus dem Aufkommen dieser Umweltabgaben einen Umweltfonds bilden und damit Forschung, Entwicklung und Einsatz energie- und rohstoffsparender sowie emissions- und abfallarmer Produktions- und Verfahrenstechniken fördern,
- im Bundesrat das Gewicht des Landes für einen Umbau des Steuersystems in die Waagschale werfen. Die menschliche Arbeit muß steuerlich entlastet, der Energie- und Rohstoffverbrauch stärker besteuert werden.

2. Qualität und Qualifikation neu entdecken

Qualität muß das Markenzeichen Baden-Württembergs sein. Wissen und Können der Baden-Würtemberger sind dazu die wichtigste Voraussetzung. Die Technik entwickelt sich in immer kürzeren Zeitabständen.

Die Perspektiven unserer Industrie liegen aber vor allem darin, daß innovative Unternehmen den zunehmenden Bedarf an umweltverträglichen Produktionsmitteln und Produkten erkennen und ihr Marktverhalten daran orientieren.

Qualität muß das Marken- zeichen Baden- Württembergs sein.

Deshalb werden wir die Weiterbildung umfassend reformieren und neben Schule, beruflicher Bildung und Hochschule zu einer vollwertigen vierten Säule unseres Bildungssystems ausbauen. Dazu werden wir die für die Wirtschaftsförderung bestimmten Gelder weitgehend in den Ausbau der Weiterbildung lenken.

Moderne Informationstechnologien ermöglichen neue Formen sinnerfüllter Arbeitsgestaltung. Sie verlangen jedoch neue Formen der Ausbildung und neue Fähigkeiten. Die aus der Fließbandproduktion entstandene Zerstückelung der menschlichen Arbeit in kleine Teilverrichtungen wird zunehmend durch neue Formen der Gruppenarbeit abgelöst. Breitere Qualifikation ist also dringend erforderlich.

Dies hat auch Rückwirkungen auf die Schule. Die Ansammlung von Faktenwissen muß zurücktreten hinter die Vermittlung von übergreifendem Systemwissen. Erforderlich sind Denken in Zusammenhängen und Teamfähigkeit als soziale Kompetenz. Um dies leisten zu können, brauchen wir andere Lehrpläne, kleinere Klassen und mehr Lehrer. Dieser Anforderung werden wir Rechnung tragen. Angesichts eines kulturell und wirtschaftlich immer enger zusammenwachsenden Europas wollen wir die Jugendlichen in Schule und Berufsausbildung besser auf die neuen Chancen der Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit in Europa vorbereiten.

Das geistige Potential unserer Hochschulen ist für die wirtschaftliche Zukunftssicherung unseres Landes von entscheidender Bedeutung. Gleichzeitig müssen die Hochschulen wieder stärker zu einer kritischen Instanz innerhalb der Gesellschaft werden. Sie müssen die Chancen und Risiken der ständigen Erneuerung in Technik und Wissenschaft, die immer schneller vor sich geht, in Kooperation mit Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Gruppen sorgfältig abwägen. Die Hochschulen des Landes bilden heute über viermal so viele Menschen aus wie vor 20 Jahren. Ausgaben für die Hochschulen sind kein Luxus, sondern notwendige Investitionen in die Bildung und Forschung als Basis unseres wirtschaftlichen Erfolgs und des Funktionierens unseres demokratischen Systems.

Wir werden daher

- das Geld bereitstellen, um die Studien- und Arbeitsbedingungen an den Hochschulen des Landes zu verbessern,
- neben der Förderung der technisch-naturwissenschaftlichen Disziplinen die Sozial- und Geisteswissenschaften stärken und interdisziplinäre Ansätze in Forschung und Lehre nachdrücklich fördern.

Wir werden die Weiterbildung fördern. Dazu werden wir

- eine gesetzlich garantierte, bezahlte Freistellung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zur Weiterbildung einführen,

Ausgaben für die Hochschulen sind kein Luxus, sondern notwendige Investitionen in die Bildung und Forschung.

Wir werden ein flächendeckendes Angebot ganztägiger Kinderbetreuungseinrichtungen anstreben und Ganztageschulen ermöglichen.

- mit einer Akademie für Weiterbildung die betrieblichen und außerbetrieblichen Weiterbildungsangebote koordinieren und ein flächendeckendes Angebot herstellen,
- den Erwerb von Qualifikationen in Teilabschnitten ermöglichen und damit auch die Rückkehr von der häuslichen Kindererziehung in den Beruf erleichtern,
- Berufserfahrung und Weiterbildung als Qualifikation für das Hochschulstudium anerkennen und damit die Ausbildungssysteme für den beruflichen Aufstieg durchlässig machen.

Um die immer noch größere Zahl der beruflich nicht genügend Qualifizierten zu verringern, werden wir

- die berufliche Ausbildung und Förderung lernbeeinträchtigter und sozial benachteiligter Jugendlicher durch zusätzliche Lernhilfen unter sozialpädagogischer Begleitung fördern,
- ein Programm auflegen, um Langzeitarbeitslose zu qualifizieren und wieder einzugliedern.

Obwohl der Wirtschaft viele Fachkräfte fehlen, sind relativ wenige Frauen berufstätig. Andererseits ist die Arbeitslosigkeit bei Frauen auf allen Qualifikationsebenen wesentlich höher als bei Männern. Allzu oft fehlt für Frauen auch die Chance des beruflichen Aufstiegs.

Vielfach sind besonders Frauen als geringfügig Beschäf-

tigte bei Krankheit und Erwerbslosigkeit nicht geschützt und erwerben keinen Anspruch auf Altersrente.

Wir werden

- ein flächendeckendes Angebot ganztägiger Kinderbetreuungseinrichtungen anstreben und Ganztageschulen in allen Schularten ermöglichen, damit Männer und Frauen Familie und Beruf entsprechend ihrer Lebensplanung besser vereinbaren können,
- im Landesdienst mehr Teilzeitarbeitsplätze auch in Führungspositionen einrichten,
- für alle Ebenen des öffentlichen Dienstes Frauenförderpläne einführen,
- bei der Wirtschaftsförderung die Betriebe bevorzugen, die Frauen besonders fördern.

Die Qualität der öffentlichen Verwaltung zeigt sich in ihrer Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger. Wir werden durch frühzeitige und umfassende, nicht abwehrende, sondern kooperative Formen der Bürgerbeteiligung die Planung und Durchführung öffentlicher Projekte beschleunigen. Bürgerinnen und Bürger tragen auch schwierige Projekte mit, wenn sie mitgestalten können und wenn sie nicht das Gefühl haben, wichtige Informationen würden ihnen vorenthalten.

Die derzeitige Landesregierung ist nach lautstarker Ankündigung kläglich an der Reform der öffentlichen Verwaltung gescheitert. Wir werden diese zielstrebig ange-

Wir werden bei Investitionsplanungen auf modernste Systemkonzepte, hochentwickelte Technik und höchste Umweltstandards setzen.

hen. Eine leistungsfähige Verwaltung setzt die leistungsgerechte Bezahlung ihrer Mitarbeiter voraus. In wichtigen Funktionsbereichen – vor allem bei den Pflegediensten, bei der Polizei und in der Finanzverwaltung – ist dies nicht der Fall. Wir werden dies stufenweise verbessern.

Die Infrastruktur unseres Landes hat über Jahre hinweg mit der wirtschaftlichen Entwicklung nicht Schritt halten können. Jetzt setzt die Landesregierung die falschen Prioritäten, indem sie auf „immer mehr“ statt „immer besser“ setzt. Ein Beispiel dafür ist der Ausbau des Stuttgarter Flughafens, der trotz langer Planungs- und Bauzeit nicht auf die modernste Hochtechnologie sondern auf maximalen Landverbrauch ausgerichtet ist.

Wir werden bei Investitionsplanungen auf modernste Systemkonzepte, hochentwickelte Technik und höchste Umweltstandards setzen. Wir werden damit die Leistungsfähigkeit unseres Hochtechnologielandes voll nutzen.

Wir werden die Wirtschaftsdemokratie ausbauen. Um Technik sozialverträglich zu gestalten und die Produktion ökologisch umzugestalten, müssen wir die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erheblich ausweiten.

Mitbestimmung der arbeitenden Menschen ist ein Kernstück unserer Politik. Wir wollen daher die Beteiligung von Frauen und Männern an Entscheidungen, die direkt

ihre Zukunft betreffen, stärken. Die Mitbestimmung muß daher bereits in der Planungsphase, bei der Einführung neuer Technologien und der Änderung von Arbeits- und Organisationsabläufen, gewährleistet sein.

3. Technologie gestalten

Unser Land muß in der zunehmenden Konkurrenz der europäischen Regionen seine Position als erstklassiger Standort für hochentwickelte Technologien behaupten. Den durch Rationalisierung verursachten Abbau von Arbeitsplätzen in der Produktion müssen wir durch mehr produktionsnahe Dienstleistungen ausgleichen. Dazu ist eine gemeinschaftliche Anstrengung notwendig.

Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird eine konzertierte Aktion „Technik 2000“ einrichten, in der Unternehmen, Gewerkschaften und Wissenschaft gemeinsam nach den besten Wegen suchen, um

- durch einen verstärkten Technologietransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen die Entwicklung von Schlüsseltechnologien sowie von Systemkonzepten zur Lösung komplexer Probleme in den Sektoren Umwelt, Energie und Verkehr zu beschleunigen,

**Eine sozial-
demokratisch
geführte
Landesregie-
rung wird einen
Schwerpunkt in
der Humani-
sierung der
Arbeitswelt
setzen.**

- den integrierten Umweltschutz in der Produktions- und Verfahrenstechnik durch Bündelung aller Erkenntnisse über energie- und rohstoffsparende Produktion sowie über Emissions- und Abfallminimierung schneller voranzubringen sowie Umsetzungskonzepte auch für kleine und mittlere Unternehmen zu entwickeln,
- im Zusammenwirken von Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften schädliche Auswirkungen neuer Technologien frühzeitig zu erkennen und die positiven Effekte zu bündeln (Technologiefolgenabschätzung),
- kooperative und motivierende Arbeitsmodelle zu entwickeln und gesundheitsbelastende Arbeitsformen abzubauen (Humanisierung der Arbeit),
- familienfreundliche Arbeitszeitmodelle zu entwickeln.

Defizite bestehen beim Abbau produktionsbedingter Umweltbelastungen. Dies gilt für die betroffenen Arbeitsplätze ebenso wie für die Wohnumwelt bestehender oder ehemaliger Produktionsstätten.

Vor allem müssen die Zusammenhänge zwischen Gesundheitsgefährdung am Arbeitsplatz und der Umwelt frühzeitig erkannt werden. Die Zahl der Erkrankungen aufgrund von Arbeitsplatz- und Umweltbelastungen hat in den letzten Jahren stark zugenommen.

Wir werden

- Programme zum Ersatz gesundheitsgefährdender Arbeitsstoffe auflegen,
- die Empfehlungen des Untersuchungsausschusses „Gefahren durch Dioxine in Baden-Württemberg“ in die Tat umsetzen,
- die Arbeitsmedizin fördern.

Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird einen Schwerpunkt in der Humanisierung der Arbeitswelt sehen. Dies ist nicht nur Voraussetzung für die Menschenwürde am Arbeitsplatz, vielmehr bestehen in der Arbeitswelt große Gefahren für die Gesundheit der Beschäftigten und für die Umwelt.

Teile der baden-württembergischen Wirtschaft sind auf die Entwicklung und Produktion militärischer Produkte ausgerichtet. Dieser Wirtschaftszweig hat keine Perspektive, weil der Prozeß der militärischen Abrüstung fortschreitet und der Waffenexport aus Deutschland in Länder außerhalb der NATO nicht geduldet werden darf.

Wir werden diesen Unternehmen bei der Umstellung auf nichtmilitärische Produkte helfen (Rüstungskonversion). Regionen, die durch den Abzug von Militärstandorten Probleme bekommen, werden wir fördern, damit sie neue Arbeitsplätze schaffen können (Standortkonversion).

Wir wollen energiesparende Technik voranbringen. Damit kann am meisten Energie gespart werden. Damit werden wir den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kernenergie möglich machen.

4. Die Energiewirtschaft umorientieren

Die gegenwärtige Energieverschwendung gefährdet die Lebensgrundlagen kommender Generationen, weil die ökologischen Belastungen und Sicherheitsrisiken durch den wachsenden Energieverbrauch ständig zunehmen. Wir wollen vor allem energiesparende Technik voranbringen. Damit kann am meisten Energie gespart werden. Damit werden wir den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kernenergie möglich machen.

Wir werden

- durch Initiativen im Bundesrat das veraltete Energiewirtschaftsgesetz von 1935 ablösen und neue Anreize für sparsame und umweltverträgliche Energiedienstleistungen schaffen,
- die Gründung kommunaler Energieversorgungsunternehmen anregen, die dezentrale Energiekonzepte umsetzen sollen,
- die Entwicklung und Nutzung erneuerbarer Energiequellen stärker fördern. Sie sollen bis zum Jahr 2000 einen Anteil von 25% zur Gesamtenergiemenge beitragen,
- gemeinsam mit den Kommunen alle Möglichkeiten der Wärme-Kraft-Koppelung ausschöpfen und in Ballungsräumen der Fernwärmeversorgung Vorrang einräumen,
- die Markteinführung erneuerbarer Energien (insbesondere der Solar- und Windenergie) fördern und in öffentlichen Einrichtungen beispielhaft vorangehen,

-
- über die Landesbeteiligung an Energieversorgungsunternehmen auf verbesserte Vergütungen für Strom aus kommunalen und privaten Energieerzeugungsanlagen drängen,
 - Wärmedämmung und moderne Heiztechniken fördern und in öffentlichen Gebäuden beispielhaft umsetzen,
 - die Weiterentwicklung von Niedrigenergiehäusern fördern.

5. Neue Wege in der Verkehrspolitik beschreiten

Der drohende Verkehrsinfarkt ist mittlerweile zum negativen Standortfaktor für unser Bundesland geworden. Die Planbarkeit der betrieblichen Produktion wird durch unsichere Transportzeiten zunehmend gefährdet.

Viele Freizeitstunden der Menschen in unserem Land werden im Stau verschwendet. Dies bringt auch erhebliche ökologische und soziale Probleme mit sich: Abgase und Lärm belasten alle täglich. Um dem Abhilfe zu schaffen, ist es Zeit für eine Wende in der Verkehrspolitik.

Unsere vorrangigen Ziele sind

- eine Stadtentwicklungspolitik, Regionalplanung und Wirtschaftspolitik, die unnötiges Verkehrsaufkommen vermeidet und lebensfähige regionale Wirtschaftsstrukturen schafft und fördert,

-
- die Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf günstigere Systeme und Verkehrsträger. Dazu müssen wir die Schiene erheblich begünstigen und den öffentlichen Personennahverkehr massiv ausbauen,
 - die Verbesserung der Fahrzeugtechnik und Schadstoffrückhaltung gekoppelt mit Maßnahmen zur Änderung des Fahrverhaltens und der Verkehrsberuhigung.

Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird zur Verhinderung des völligen Verkehrsinfarkts für die Ballungsräume Stuttgart, Heilbronn, Mannheim/Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg, Reutlingen/Tübingen und Ulm ein langfristiges Investitionsprogramm „Nahverkehr Baden-Württemberg 2000“ vorlegen, weitere regionale Nahverkehrsprojekte unterstützen und gemeinsam mit den Kommunen umsetzen. Dazu werden wir im Bundesrat eine verfassungsändernde Initiative ergreifen mit dem Ziel, die Zuständigkeit für den öffentlichen Nahverkehr auf die Bundesländer zu übertragen und Länder und Gemeinden mit 30 % an der Mineralölsteuer zu beteiligen. Damit wollen wir den öffentlichen Nahverkehr vorrangig ausbauen.

Wir werden

- zusammen mit den einheimischen Unternehmen des Straßen- und Schienenfahrzeugbaus integrierte Nahverkehrskonzepte mit optimaler Verbindung der Verkehrsträger Schiene und Straße entwickeln und

- schrittweise umsetzen. Damit werden wir die Innenstädte vom Kraftfahrzeugverkehr entlasten,
- auch außerhalb der Ballungsräume flächendeckende Verkehrs- und Tarifverbünde nach den erfolgreichen Modellen im Hohenlohe-Kreis und in Freiburg anstreben,
 - zur Sicherheit im Verkehr, wie in anderen europäischen Ländern, Geschwindigkeitsbeschränkungen auf Autobahnen durchsetzen,
 - in den Siedlungen Fußgängern und Radfahrern Vorrang vor dem motorisierten Verkehr einräumen und die Verkehrsberuhigung voranbringen.

Unser Land muß als wichtiger europäischer Industriestandort über Hochgeschwindigkeitsnetze der Bahn an die Wirtschaftsregionen in West- und Osteuropa angebunden werden. Diese moderne Bahn ist im Fernverkehr die intelligenteste und umweltfreundlichste Zukunftstechnologie. Sie muß den Inlandsflugverkehr ersetzen.

Wir werden uns vorrangig einsetzen

- für die Anbindung des ICE-Netzes an das französische Schnellbahnsystem über die Schnittstellen Mannheim/Ludwigshafen und Kehl/Straßburg,
- für die Anbindung aller Großstädte an das Interregio-Netz,
- für eine Ausweitung der Elektrifizierung und der Zweigleisigkeit vorhandener Strecken, um die Verlagerung des Transports von der Straße auf die Schiene zu ermöglichen,

Zur Verhinderung des völligen Verkehrsinfarakts für die Ballungsräume, werden wir ein Investitionsprogramm „Nahverkehr Baden-Württemberg 2000“ vorlegen.

-
- für die rasche Realisierung der Schnellbahntrasse Stuttgart/Ulm,
 - für die Einbindung Baden-Württembergs in Schnellbahnsysteme nach Osten, insbesondere in Richtung Berlin, Dresden und Prag.

Mit der Einführung des europäischen Binnenmarkts ab 1993 wird der Gütertransport nochmals gewaltig ansteigen. Dies ist nur zu bewältigen, wenn alle vorhandenen und ausbaubaren Kapazitäten genutzt werden. Dabei müssen wir den Gütertransport so weit wie möglich auf Schienen- und Wasserwege verlegen.

Dazu werden wir allen verfügbaren technologischen Sachverstand nutzen und zusammen mit den Unternehmen und der Wissenschaft unseres Landes intelligente Verkehrskonzepte entwickeln. An den Schnittstellen von Wasser, Schiene und Straße werden wir Containerbahnhöfe und Verladestellen für den kombinierten Gütertransport anstreben.

Beim Bund werden wir darauf drängen, regional bedeutende Bahnstrecken und Verladestellen unter tragbaren Bedingungen in regionale Trägerschaft zu übergeben.

6. Die Entwicklung der Regionen betonen

Wir wollen die regionalen Unterschiede in der Wirtschaftsentwicklung abbauen. Anstelle einer Landesplanung von oben nach unten sollen die Regionen durch eigenständige Entwicklungsplanungen ihre Kräfte entwickeln und die Zusammenarbeit zwischen ihren Städten und Gemeinden in Gang bringen. Eigeninvestitionen und Investitionshilfen des Landes müssen auf die Prioritäten der regionalen Entwicklungspläne ausgerichtet werden. Im Landeshaushalt muß die Wirkung investiver Landesausgaben auf die Ziele der Regionalentwicklung ablesbar sein (Regionalisierung des Landeshaushalts).

Im einzelnen werden wir

- das Landesplanungsgesetz so weiterentwickeln, daß es den Regionalverbänden eine eigenständige, umfassende Entwicklungsplanung aufträgt und die regionale Trägerschaft für raumbedeutsame Einrichtungen zuläßt,
- dazu unmittelbar gewählte Regionalparlamente mit erweiterter Haushalts- und Planungskompetenz einführen,
- regionale Entwicklungsgesellschaften zur gemeindeübergreifenden Wirtschaftsförderung anregen und unterstützen,
- auf den raschen Ausbau des digitalen Fernsprechnetzes als wichtige Voraussetzung für die räumliche Ent-

Wir wollen die regionalen Unterschiede abbauen. Anstelle einer Landesplanung von oben nach unten sollen die Regionen durch eigene Entwicklungsplanungen ihre Kräfte entwickeln.

flechtung von Produktions- und Dienstleistungsstandorten hinwirken,

- Industriebranchen neuen Nutzungen zuführen und die Infrastrukturförderung auf dieses Ziel konzentrieren.

II. Unser schönes Land vor Zerstörung bewahren:

Priorität für eine gesunde und saubere Umwelt. Zukunft für eine naturverträgliche Landwirtschaft.

Der Gedanke des Umweltschutzes ist in den Köpfen und Herzen einer großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Doch die Politik der Landesregierung hat dem Raubbau nicht genügend Widerstand geleistet. Wir brauchen mehr Konsequenz der politisch Handelnden, damit wir uns und unseren Nachkommen eine Heimat erhalten, in der sich zu leben lohnt.

Heute sind nicht nur Luft und Wasser, Pflanzen und Tiere gefährdet. Auch die Abfall-Lawine oder den Landschaftsverbrauch dürfen wir nicht länger hinnehmen. Wir brauchen mehr Politik für die Natur und damit für die Menschen.

Die nachträgliche Reparatur von Umweltschäden ist keine Umweltpolitik. (Die OECD schätzt das Ausmaß der jährlichen Umweltschäden auf 3 bis 5 Prozent des Bruttosozialprodukts. Selbst wenn der gesamte jährliche Zuwachs des Bruttosozialproduktes für den Umweltschutz eingesetzt würde, würde dies nicht ausreichen, die Schäden zu beseitigen.)

**Wir brauchen
mehr Politik für
die Natur und
damit für die
Menschen.**

Vorsorgende Umweltpolitik ist unsere Handlungs- maxime.

Sozialdemokratische Umweltpolitik orientiert sich an der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Eine intakte Umwelt zu erhalten ist nur möglich, wenn es gelingt, unsere Wirtschaftsstruktur an ökologische Erfordernisse anzupassen. Wir werden die Umweltpolitik so gestalten, daß umweltgerechtes Verhalten für Produzenten, Verbraucher und die öffentliche Hand zum zentralen Kriterium ihres Handelns wird.

Vorsorgende Umweltpolitik ist unsere Handlungsmaxime. Dazu ist die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger notwendig. Deshalb werden wir die Umweltinformation und Umweltberatung für die Bürger verbessern und Umweltdaten jedermann zugänglich machen.

1. Das Umweltrecht modernisieren

Vorsorgende Umweltpolitik muß verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen setzen und deren Vollzug garantieren. Umweltgesetze müssen nach dem jeweils neuesten Stand von Wissenschaft und Technik ständig weiterentwickelt werden.

Wir werden deshalb

- das Gesetz zur Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung verbessern und verbindliche Kriterien für die Umweltverträglichkeit festlegen,

-
- Gewerbeaufsichtsämter, Ämter für Wasserwirtschaft und Bodenschutz und den Wirtschaftskontrolldienst personell und sächlich besser ausstatten,
 - Umweltausschüssen bei den Gerichten und Umweltschutzanwaltschaften einführen,
 - die Verbandsklage in den Umweltgesetzen des Landes verankern,
 - ein Landesimmissionsschutzgesetz einführen,
 - das Verursacherprinzip, die Beweislastumkehr und die verschuldensunabhängige Gefährdungshaftung im Umweltrecht anstreben.

2. Der Abfallvermeidung Vorrang einräumen

Produkte sollen abfallarm produziert werden, lange im Wirtschaftskreislauf bleiben und später wiederverwertet oder notfalls umweltverträglich beseitigt werden. Voraussetzung sind schadstoffarme Produkte und die eindeutige Zuweisung der Verantwortung des Herstellers für das Produkt. Dies ist die Voraussetzung, um eine produktorientierte Umweltpolitik durchzusetzen.

Unser Ziel ist es, so viele Abfälle wie irgendetmöglich zu vermeiden und zu verwerten. Dazu müssen wir die derzeitigen Gesetze ändern. Dabei arbeiten wir eng mit den Umweltverbänden zusammen. Aus dieser Zusammenarbeit haben wir eine Gesetzesinitiative entwickelt.

**Wir wollen
soviel Abfall
wie möglich
vermeiden.**

Wir werden

- Abfallvermeidung, Getrennsammlung, Wiederverwendung und Wiederverwertung im Landesabfallgesetz vorschreiben,
- eine produktorientierte Abfallpolitik betreiben. Den Bau von Hausmüllverbrennungsanlagen lehnen wir ab.
- die gesetzlichen Möglichkeiten der Reststoffvermeidung konsequent anwenden,
- uns für eine Rücknahmepflicht möglichst vieler Gebrauchsgüter einsetzen,
- die Entwicklung langlebiger, reparaturfreundlicher Güter begünstigen,
- die abfallarme Produktion und die Abfallvermeidung zu einem Schwerpunkt der Technologieförderung machen,
- ein Programm zur Vermeidung und stofflichen Verwertung von Sondermüll auflegen,
- den Abfallexport beenden,
- ein Landesamt für Abfallwirtschaft einrichten, um über eine Bündelung des vorhandenen Wissens die genannten Ziele zu verwirklichen.

3. Die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten

Vorsorgende Umweltpolitik beinhaltet vor allem die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, weil intakte

Natur, saubere Luft, reines Wasser und gesunde Böden Grundvoraussetzungen für menschliches Leben sind.

Natur- und Landschaftsschutz

Intakte Natur und Landschaft sind in Baden-Württemberg auf dem Rückzug. Immer mehr Landschaft verödet, die „Roten Listen“ der vom Aussterben bedrohten Tier- und Pflanzenarten werden immer länger. Wo heute Pflanzen und Tiere sterben, wird morgen der Mensch nicht leben können.

Wir werden deshalb

- einen verbesserten Naturschutz auf der gesamten Landesfläche durchsetzen,
- mehr Natur- und Landschaftsschutzgebiete ausweisen, ökologische Vorrangflächen konsequent schützen, Naturgüter nachhaltig und sorgsam nutzen, Natur in Städten und Gemeinden wiederbeleben,
- Waldschutzgebiete verstärkt ausweisen, nichteinheimische Baumarten nicht mehr aufforsten und die Wirtschaftswälder am Vorbild der natürlichen Waldvegetation orientieren,
- den umweltschonenden sanften Tourismus fördern und Konzepte zur naturverträglichen Freizeitgestaltung verwirklichen,
- den Biotopschutz verbessern und den Bodenschutz rechtlich besser verankern.

Wir werden einen verbesserten Naturschutz auf der gesamten Landesfläche durchsetzen.

**Wir werden
unser
Programm zur
Bekämpfung
des Waldster-
bens verwirk-
lichen.**

Schutz der Trinkwasservorkommen

Die Gefahren für das Grund- und Trinkwasser sind vielfältiger Natur: Schadstoffeinträge finden über die Luft, den Boden, durch Unfälle oder defekte Abwasserkanäle statt. Da Grundwasser aber auch ein gefährdeter Rohstoff ist, bedarf er unserer besonderen Vorsorge.

Wir werden

- ein flächendeckendes Konzept zum Trinkwasserschutz vorlegen,
- die Ausweisung von Wasserschutzgebieten zügig voranbringen und Ausnahmegenehmigungen für die geltenden Auflagen nicht erteilen,
- naturverträglichen Landbau auch außerhalb von Wasserschutzgebieten verstärken,
- darauf hinwirken, daß Pflanzenschutzmittel auf ihre Grundwassergefährlichkeit überprüft und, soweit notwendig, Verbote ausgesprochen und deren Vollzug gewährleistet werden.

Verbesserung von Luft und Oberflächenwasser

Gerade im Bereich der Luftreinhaltung und der Verschmutzung unserer Gewässer wird deutlich, daß neben dem Vorsorgeaspekt auch Reparaturen an der Umwelt notwendig sind. Das Waldsterben nimmt dramatisch zu. Immer mehr Menschen leiden an umweltbedingten Krankheiten.

Wir werden

- unser Programm zur Bekämpfung des Waldsterbens verwirklichen, wie wir es in unserem Schwarzwaldprogramm beispielhaft vorgelegt haben,
- Gewässer renaturieren und ein Grundwassersanierungsprogramm auflegen,
- Kläranlagen in ihrer Leistung verbessern und industrielle Einleiter besser als bisher kontrollieren,
- durch Luftreinhaltepläne und Luftschadstoffabgaben die Schadstoffbelastung der Luft senken und damit unseren Beitrag zum globalen Klimaschutz leisten,
- die Grenzwerte der Smog-Verordnung auf ein Drittel absenken und den Schadstoff Ozon aufnehmen.

4. Unserer Landwirtschaft neue Perspektiven geben

Unsere Landwirtschaft sichert die Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Nahrungsmitteln und leistet einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung unserer in Jahrhunderten gewachsenen Kulturlandschaft. Wir werden sie bei der Erfüllung dieser Aufgaben unterstützen.

Wir werden alles tun, um die bäuerlichen Familienbetriebe zu erhalten und zu unterstützen. Agrarfabriken und nicht artgerechte Massentierhaltung lehnen wir ab.

**Wir werden
alles tun, um
die bäuerlichen
Familienbetriebe
zu erhalten und
zu unterstützen.**

Es ist unerträglich, daß in der EG die subventionierte Überschußproduktion zunimmt und gleichzeitig die Einkommen unserer Bauern stetig sinken. Wir brauchen deshalb dringend eine grundlegende Reform der Agrarpolitik. Die Förderung muß von der Mengenproduktion abgekoppelt werden. Umweltverträgliche Bewirtschaftungsformen müssen vorrangig gefördert werden, unabhängig davon, ob es sich um Haupt-, Zuerwerbs- oder Nebenerwerbslandwirte handelt.

Unser Konzept für eine moderne Landwirtschaft verbindet umweltverträgliche Produktion auf der ganzen Fläche mit Einkommenssicherheit für die Landwirte.

Wir wollen

- regionale Bedürfnisse bei der anstehenden Reform der EG-Agrarpolitik berücksichtigen.
- eine Landwirtschaft, die flächendeckend bodenabhängig, umwelt- und naturverträglich und tierartgerecht produziert,
- Landschaftspflege als wichtigen Schritt zu mehr Einkommenssicherheit leistungsgerecht vergüten,
- Einkommensobergrenzen bei der staatlichen Förderung landwirtschaftlicher Betriebe festlegen,
- die Vermarktung regionaler landwirtschaftlicher Produkte fördern und den Ausbau von Selbstvermarktungseinrichtungen ausbauen,
- ein Gütesiegel für landwirtschaftliche Erzeugnisse nach neuen und umfassenden Qualitäts- und Produktionskriterien,

-
- die Verbraucherberatung ausbauen,
 - eine Vorruhestandsregelung auch für Landwirte mit Hofnachfolger,
 - eine eigenständige soziale Sicherung der Bäuerinnen.

Unsere Agrarpolitik führt die Interessen von Landwirten, Umweltschützern und Verbrauchern zusammen. Für umwelt- und tierartgerecht erzeugte Qualitätsprodukte werden die Verbraucher bereit sein, höhere Preise zu zahlen, anstatt ständig über höhere Steuern eine unsinnige Überschußproduktion zu finanzieren.

Bäuerliche Betriebe mit guten Marktchancen und soliden Zukunftsperspektiven sind wegen ihrer Bedeutung für Kultur und Landschaft in unserem Land unentbehrlich.

III. In der modernen Gesellschaft:

Menschliche Bindungen stärken. Vielfalt des Zusammenlebens bejahen.

Gemeinschaftssinn und Solidarität sind Erkennungsmerkmale einer menschlichen Gesellschaft. Unsere oft von Egoismus geprägte Erfolgsgesellschaft braucht mehr Miteinander. Wir wollen Unabhängigkeit und Individualität weiterentwickeln. Unsere Familienpolitik wird beiden gerecht werden.

Wir sagen: Eine individuelle Lebensgestaltung muß für alle in der Familie möglich sein, ohne daß die einzelnen dadurch Nachteile in anderen Lebensbereichen haben.

Alle müssen die Möglichkeit haben, sich ohne berufliche und sozialrechtliche Nachteile für Kindererziehung oder Hilfe für pflegebedürftige Angehörige Zeit zu nehmen; wer Kinder erzieht, darf nicht dauerhaft auf die Haus- und Erziehungsrolle festgelegt werden. Wer sich dafür entscheidet, Familienarbeit und Erwerbsarbeit miteinander zu vereinbaren, darf mit den sich daraus ergebenden Belastungen nicht allein gelassen werden.

Wir wollen die Entscheidungsfreiheit für verschiedene Formen des Zusammenlebens; keine Lebensform darf durch Staat oder Gesellschaft benachteiligt werden.

1. Die Familie zeitgemäß verstehen

Familie ist nach unserem Verständnis heute nicht mehr nur die klassische Familie von Großmutter bis Enkel. Heute leben Menschen auch in anderen Formen der Lebensgemeinschaften zusammen. Diese Realität muß in das politische Handeln einbezogen werden.

Zum Zusammenleben in familiärer Gemeinschaft gehören das Wohnen und das Wohnumfeld. Vielfach fehlt es an erschwinglichen, ausreichend großen Wohnungen, an einem ansprechenden Umfeld, in dem Kinder spielen können und Angebote zur Freizeitgestaltung vorhanden sind, an Infrastruktur mit Einkaufsmöglichkeiten und guter Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel. Wir wollen kein abgeschottetes Wohnen. Alleinstehende, Familien, Junge und Ältere sollen zusammenleben können.

Die Wohnungsnot ist inzwischen zu einem der brisantesten landespolitischen Probleme geworden. Ausgelöst wurde sie durch eine krasse Fehlentscheidung der Landesregierung, die Mitte der 80er Jahre den sozialen Mietwohnungsbau eingestellt hat.

Wir werden

- zusammen mit den Gemeinden und dem Bund in einem „Solidarpakt Wohnen“ bis zum Jahr 2000 den Bau von 150.000 Sozialmietwohnungen in Baden-Württemberg anstreben,

Wir werden bis zum Jahr 2000 den Bau von 150 000 Sozialwohnungen anstreben.

-
- zur Finanzierung dieser Solidarleistung das Hochbauprogramm des Landes, soweit es sich nicht auf den Wohnungsbau bezieht, weiterführen, aber zeitlich strecken,
 - die Mittel für Städtebauförderung und für die Dorfentwicklung vorrangig einsetzen, um preisgünstige Wohnungen zu bauen,
 - über den Bundesrat anstreben, daß die Wohneigentumsförderung durch einen progressionsunabhängigen Abzug der Aufwendungen für den Eigenheimbau für mittlere Einkommen erheblich verbessert wird,
 - zur Abmilderung der Folgen des starken Anstiegs der Zinsen ein zeitlich begrenztes und einkommensabhängiges Sonderprogramm für Bauherren frei finanzierter Mietwohnungen einführen,
 - in der Eigentumsförderung zusammen mit den Gemeinden Projekte für preisgünstiges Bauen stärker fördern,
 - eine Konzeption vorlegen, wie freiwerdende Kasernen und freiwerdendes Militärgelände für die Schaffung von Wohnungen genutzt werden können,
 - die Zweckentfremdung von Wohnraum für gewerbliche Nutzung entschiedener abwehren.

2. Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung fördern

Kinder und Jugendliche brauchen gleiche Chancen, unabhängig vom Elternhaus. Die Schule muß deshalb fördern und nicht auslesen. Bildung und Ausbildung müssen so angelegt sein, daß Fort- und Weiterbildung immer wieder darauf aufbauen können.

Wir werden

- die Möglichkeiten für Kinder verbessern, in Gemeinschaft aufzuwachsen und an sozialem Lernen auch außerhalb ihrer Familie teilzuhaben,
- das Recht auf einen Kindergartenplatz ab dem vollendeten 3. Lebensjahr einführen und bedarfsgerechte Angebote zur ganztägigen Betreuung aufbauen,
- die Schule so stärken, daß sie nicht nur Ort des Lernens ist, sondern auch Ort der Geborgenheit und der Zuwendung wird,
- das dafür notwendige pädagogische Personal einstellen,
- den Klassenteiler senken,
- den schulfreien Samstag einführen,
- die integrierte Gesamtschule und Ganztageschulen dort einführen, wo Eltern und Gemeinde dies wünschen,
- den gemeinsamen Unterricht behinderter und nicht-behinderter Schüler verwirklichen.

Wir werden das Recht auf einen Kindergartenplatz einführen.

**Die offene
Jugendarbeit
und Jugend-
zentren werden
wir erhalten
und ausbauen.**

Jugendliche brauchen Freiräume zur persönlichen Entwicklung, im Elternhaus und außerhalb. Wir werden die Arbeit der Jugendverbände stärken und Jugendtreffs und andere Angebote fördern. Die offene Jugendarbeit und Jugendzentren werden wir erhalten und ausbauen. Vor allem im ländlichen Raum werden wir die Jugendkulturarbeit fördern.

Kinder sind eigenständige Persönlichkeiten, nicht Eigentum ihrer Eltern. Kindesmißhandlung und sexuelle Mißhandlung sind keine Privatsache. Wir werden die Probleme aufdecken, Zufluchtsstätten für mißhandelte Kinder einrichten, die Beratung ausweiten und Erziehungshilfen anbieten. Der Schutz der Kinder ist gesellschaftlicher Auftrag.

3. Den Eltern mehr familiäre Gestaltungsspielräume geben

Auch Eltern haben ein Recht auf eigene Lebensgestaltung. Ein verändertes Rollenbild muß auch in der Familie gelebt werden können. Wir treten dafür ein, daß Frauen bessere Berufschancen bekommen und auch die Männer in den Genuß von mehr Familienzeit kommen.

Männer und Frauen müssen gleichermaßen die Möglichkeit haben, sich Zeit für Kindererziehung zu nehmen. Insgesamt muß die Berufswelt durch eine veränderte Gestal-

tung der Arbeitszeit und durch ein größeres Angebot an geteilten Arbeitsplätzen familienfreundlicher und humaner werden.

Wir werden

- einen dreijährigen Elternurlaub mit existenzsicherndem Erziehungsgeld und Garantie des Arbeitsplatzes anstreben,
- Hilfen für Wiedereingliederung während und nach der Erziehungszeit leisten, um die Rückkehr in den Beruf nach der Erziehungs- und Familienarbeit zu erleichtern.

Arbeit, die für Kinder und für die Lebensgemeinschaft geleistet wird, braucht gesellschaftliche Anerkennung. Wir werden eine eigenständige soziale Absicherung und einen Anspruch auf einen gesetzlichen Teil des Familieneinkommens für Männer und Frauen, die Familienarbeit leisten, anstreben.

Für Alleinstehende und Familien werden wir

- die Angebote für die Tagesbetreuung von Kindern ausbauen,
- dabei pädagogisch gute Standards für diese Einrichtungen garantieren; sie dürfen nicht nur der Aufbewahrung dienen, sondern müssen den Kindern echten Lebensraum bieten.

Die finanzielle Ausstattung der Familien darf nicht vom Trauschein abhängig sein. Wir streben über Initiativen im

Bundesrat die Abschaffung des Ehegattensplittings an. Ein erster Schritt muß die drastische Begrenzung der Steuervorteile aus dem Ehegattensplitting sein. Damit wollen wir erheblich bessere Leistungen für Kinder finanzieren.

4. Einsamkeit im Alter vermeiden

Der von der SPD im Landtag durchgesetzte Untersuchungsausschuß „Menschenwürde und Selbstbestimmung im Alter“ hat schwerwiegende Versäumnisse und Mängel in der Politik für alte Menschen, insbesondere im Pflegebereich, offenbart.

Wir werden die umfangreichen Empfehlungen des Untersuchungsausschusses zügig umsetzen. Wir werden die Projekte im Krankenhausbau strecken und die Schwerpunkte auch innerhalb der Sozialpolitik neu festlegen, um die dazu erforderlichen Gelder freizumachen.

Unser Ziel ist, dafür zu sorgen, daß alte Menschen möglichst lange in ihrer Wohnung und in ihrer gewohnten Umgebung selbständig leben können, begleitet durch zuverlässige ambulante Angebote.

Dazu werden wir

- den Bau von altengerechten Wohnungen verstärken und Wohngemeinschaften ermöglichen,

-
- alters- und behindertengerechte Wohnungsanpassungen fördern,
 - die mobilen sozialen Dienste und die Sozialstationen ausbauen und sie den Erfordernissen einer flächendeckenden und qualitativ genügenden Versorgung anpassen,
 - teilstationäre Einrichtungen wie Tagespflege und Kurzzeitpflegeeinrichtungen fördern,
 - Einrichtungen und Förderungsangebote für die Rehabilitation alter Menschen sicherstellen,
 - für die älteren Menschen ebenso wie für die jungen vielseitige Freizeit- und Bildungsangebote, insbesondere Räume für zwanglose Treffen und qualifizierte Angebote in Volkshochschulen ausbauen.

Pflegebedürftige dürfen nicht mehr zu Sozialhilfeempfängern werden. Für die pflegenden Familienangehörigen muß der Schutz durch soziale Sicherung gewährleistet sein. Wir werden dafür sorgen, daß solche Pflegezeiten rentensteigernd angerechnet werden. Deshalb drängen wir auf Bundesebene mit den SPD-regierten Ländern auf eine Pflegeversicherung unter dem Dach der gesetzlichen Krankenversicherung. Wir werden die Attraktivität der Gesundheitsberufe steigern, um den Pflegenotstand abzubauen, insbesondere durch mehr Stellen und flexiblere Arbeitszeiten, mehr Qualifizierung und bessere Aufstiegsmöglichkeiten.

Unser Ziel ist, dafür zu sorgen, daß alte Menschen möglichst lange in ihrer Wohnung selbständig leben können.

**Wir werden
eine/n
unabhängige/n
Behinderten-
beauftragte/n
berufen.**

5. Mit Behinderten leben

Wir Sozialdemokraten treten für die gleichberechtigte Teilhabe von Behinderten am gesellschaftlichen und beruflichen Leben ein. Wir werden noch vorhandene Barrieren abbauen. Um dies zu erreichen, wollen wir allen Behinderten, ihren Möglichkeiten entsprechend, ausreichende Ausbildungs- und Arbeitsplätze anbieten. Wir werden das Schwerbehindertengesetz weiterentwickeln.

Behinderte stellen keine homogene Gruppe dar. Ihre Belange und ihre Bedürfnisse müssen, solange es möglich ist, durch sie selbst vertreten werden. Zur Unterstützung einer eigenständigen und selbstverantwortlichen Lebensführung im privaten und sozialen Bereich wird eine SPD-geführte Landesregierung deshalb eine/n unabhängige/n Behindertenbeauftragte/n berufen, die/der sich der Belange der Behinderten annimmt und gegenüber der Landesregierung und dem Landtag ein Vorschlagsrecht hat, um die Lebenssituation der Behinderten zu verbessern. Die/der Behindertenbeauftragte hat auch die Aufgabe, die Koordination von Hilfen für Behinderte auf örtlicher Ebene zu initiieren.

Die/der Behindertenbeauftragte ist gegenüber dem Landtag rechenschaftspflichtig.

6. Soziale Grundsicherung

Die baden-württembergische SPD unterstützt das Konzept der „Sozialen Grundsicherung“. Nach diesem Konzept sollen die Rentenversicherung und die Bundesanstalt für Arbeit im Falle nicht ausreichender oder fehlender Versicherungsleistungen im Alter, bei Invalidität und Arbeitslosigkeit durch zusätzliche Geldleistungen vor Armut schützen.

Wir sind der liberalen Tradition unseres Landes verpflichtet.

IV. Im Land der Querdenker:

Verkrustungen aufbrechen. Die freiheitliche, solidarische Kulturgesellschaft ausbauen.

Freiheitsliebe und ein ausgeprägter Sinn für Gerechtigkeit haben eine lange Tradition in unserem Land. Dafür haben seit Jahrhunderten viele gekämpft und gelitten. Nirgendwo wurden die freiheitlichen Errungenschaften der liberalen Revolution von 1848 leidenschaftlicher verteidigt als in Baden und Württemberg. Dieser Tradition sind wir verpflichtet.

Für uns Sozialdemokraten ist der demokratische Rechtsstaat erst dann verwirklicht, wenn alle Bürgerinnen und Bürger gleiche Rechte und Pflichten haben, wenn Freiheit und gleiche Teilnahme am staatlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben gewährleistet sind und alle Macht ausübung an Recht und Gesetz gebunden ist, wenn Gewaltenteilung besteht und Machtmißbrauch einzelner, des Staates und seiner Organe verhindert wird.

Deshalb gehören für uns zu den selbstverständlichen Voraussetzungen staatlichen Handelns,

- daß die Regierung allein demokratischen Grundsätzen verpflichtet und nicht willfährig den Wünschen aus Chefetagen einzelner Unternehmen ergeben ist,

-
- daß die Justiz ohne Beeinträchtigung und Beeinflussung durch politisch und wirtschaftlich Mächtige Recht sprechen kann,
 - daß politisch Andersdenkende nicht gegängelt oder beruflich ausgegrenzt werden,
 - daß der Bürgerwille ernst genommen wird und die Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger auch zwischen den Wahlen verstärkt werden,
 - daß bei Stellenbesetzungen und Beförderungen nur Eignung, Befähigung und Leistung sowie die Gleichstellung von Frauen und Männern im Vordergrund stehen und nicht die parteipolitische Nähe zu den Regierenden,
 - daß an Schulen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen geistige Vielfalt waltet und der frische Wind der Freiheit weht, so daß Anpassungsdruck und vorauseilender Gehorsam keinen Platz haben.

1. Die Landesverfassung weiterentwickeln

Die Landesverfassung ist den Grundsätzen einer freiheitlichen, sozialen Demokratie verpflichtet. Vierzig Jahre nach Gründung des Landes Baden-Württemberg liegen der Anspruch unserer Verfassung und die Realität im Lande weit auseinander. Die Glaubwürdigkeit der demokratischen Institutionen ist gefährdet durch Machtmißbrauch, geschwundene Fähigkeit der politischen Institutionen zur Problemlösung und demokratischer Willensbildung.

Um die Demokratie wieder lebendiger zu machen, ergreifen wir die Initiative für eine Reform der politischen Institutionen im Lande.

Das Parlament ist durch zu starke Anbindung der Mehrheit an die Regierung immer mehr zum bloßen Vollzugsorgan von Regierung, Verwaltung und Sonderinteressen geworden. Dies gefährdet die politische Demokratie insgesamt.

Um die Demokratie in Baden-Württemberg wieder lebendiger zu machen, ergreifen wir die Initiative für eine Reform der politischen Institutionen im Lande. Dazu gehören auch Änderungen der Landesverfassung mit dem Ziel, demokratische Mitwirkungsrechte zu stärken.

Wir laden die anderen Parteien ein zum Dialog über eine entsprechende Verfassungsreform,

- die die unmittelbare Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger durch Volksbegehren und Volksentscheide erleichtert; die Volkswahl der Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte in der Verfassung verankert; die Unvereinbarkeit der gleichzeitigen Wahrnehmung eines kommunalen Wahlamtes (Bürgermeister, Oberbürgermeister, Landrat) bzw. eines Regierungsamtes mit einem Landtagsmandat sicherstellt; den Kommunen direkte erweiterte Mitwirkungsmöglichkeiten bei sie betreffenden Gesetzgebungsverfahren einräumt;
- die das Recht auf Selbstbestimmung, was die Verwendung der eigenen Daten angeht, und das Recht auf Auskunft über die in Akten und Dateien gespeicherten Informationen als Grundrecht in die Verfassung einfügt; die Gleichstellung der Frauen in allen

Lebensbereichen, das Recht auf Wohnung, das Recht auf Arbeit und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen als Staatsziele ohne einschränkenden Gesetzesvorbehalt in die Verfassung aufnimmt.

2. Frauen in Beruf und Gesellschaft gleichstellen

Die Gleichstellung der Frauen in allen Lebensbereichen ist noch längst nicht gesellschaftliche Realität. Sie ist nicht zu verwirklichen ohne einen umfassenden Wandel gesellschaftlicher Grundeinstellungen bis hin zu neuen Formen der Arbeitsteilung in der Familie, bei der Kindererziehung und der Pflege, Abbau von Diskriminierungen im Arbeits- und Sozialrecht und die Einführung familienfreundlicher Arbeitszeiten.

Wir werden

- die Gleichstellung ohne Einschränkung als Staatsziel in der Verfassung anstreben,
- die Diskrepanz zwischen Verfassungsgebot und Verfassungswirklichkeit aufheben und dafür sorgen, daß die Gleichstellung von Mann und Frau endlich Wirklichkeit wird,
- ein Frauenministerium einrichten,
- das Landtagswahlrecht so ändern, daß wesentlich mehr Frauen in den Landtag gewählt werden.

Wir werden dafür sorgen, daß die Gleichstellung von Mann und Frau endlich Wirklichkeit wird.

-
- Gemeinden und Kreise verpflichten, hauptamtliche Beauftragte für die Gleichstellung von Frauen einzusetzen,
 - die Frauenforschung an den Hochschulen verankern und fördern,
 - die Familienförderung und Kinderbetreuungsangebote ausbauen,
 - Maßnahmen ergreifen, um Frauen vor Gewalt in der Gesellschaft und in der Familie zu schützen,
 - auf berufliche Gleichstellung hinwirken,
 - darauf hinwirken, daß der Schutz des werdenden Lebens in Anerkennung der Eigenverantwortung und des Selbstbestimmungsrechts der Frauen gewährleistet wird. Strafandrohungen verhindern keine Schwangerschaftsabbrüche. Deshalb gilt für uns der Grundsatz Hilfe statt Strafe.

3. Saubere Verhältnisse in Verwaltung und Justiz herstellen, die innere Sicherheit verbessern

Der Untersuchungsausschuß „Unabhängigkeit von Regierungsmitgliedern und Strafverfolgungsbehörden“ des Landtags hat in erschreckender Weise die Vermischung öffentlicher Interessen und privater Vorteile, Abhängigkeiten zwischen politisch Handelnden und einzelnen Wirtschaftsführern, Versuche der Einflußnahme auf Strafverfolgungsbehörden, Rücksichten auf gesellschaftlich

Mächtige und Rechtsverstöße des Landeskriminalamts bei verdeckten Ermittlungen aufgezeigt. Die vom Landesrechnungshof aufgedeckten Mißstände bei der Vergabe von Druckaufträgen lassen befürchten, daß die Nachlässigkeiten der politischen Führung stilprägend für Teile der Ministerialverwaltung waren.

Wir werden diese Mißwirtschaft abstellen und so das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit der öffentlichen Verwaltung wieder herstellen. Umgekehrt genießen alle öffentlich Beschäftigten, die in besonderer Weise das Allgemeininteresse gegen mächtige Einzelinteressen verteidigen, unseren besonderen Schutz, weil wir wissen, wie schwierig dies ist.

Zur stärkeren demokratischen Legitimation von Verwaltung und Justiz werden wir

- den Datenschutz verbessern und das Amt des Landesbeauftragten für den Datenschutz als selbständige, nur dem Gesetz unterworfenen obersten Landesbehörde aufwerten,
- regeln, daß Präsidenten von Landesämtern und Regierungspräsidenten vom Landtag gewählt werden,
- festlegen, daß ein vom Landtag als dem höchsten Verfassungsorgan des Landes einzusetzender Richterausschuß Präsidenten und Vorsitzende Richter der obersten Landesgerichte nach einer vorherigen öffentlichen Anhörung mit Zweidrittelmehrheit wählt,

Wir werden die Defizite in der personellen und sächlichen Ausstattung der Polizei abbauen und zur leistungsgerechten Bezahlung die zweigeteilte Laufbahn einführen.

-
- die Einflußnahme des Justizministeriums bei Richterbeförderungen eindämmen,
 - dafür sorgen, daß bei der Bestellung von Gerichtsvorständen und Vorsitzenden Richterinnen und Richtern richterliche Erfahrung ausschlaggebend ist,
 - die Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften stärken, indem das Weisungsrecht gesetzlich auf die Einhaltung des Legalitätsprinzips reduziert wird.

Die Polizei muß den bestmöglichen Schutz der Bürger gewährleisten können. Derzeit ist sie gegenüber bandenmäßig organisierter Kriminalität und komplexen Wirtschafts- und Umweltdelikten wachsenden Anforderungen ausgesetzt. Gleichzeitig leidet sie wegen schlechter Bezahlung und schlechter Aufstiegsmöglichkeiten an Personalmangel.

Wir werden die Defizite in der personellen und sächlichen Ausstattung der Polizei abbauen und zur leistungsgerechten Bezahlung die zweigeteilte Laufbahn nach einem Stufenplan einführen.

4. Freiheit an Schulen und Hochschulen ausbauen

Unsere Schulen und Hochschulen sind durch bürokratische Gängelung und starre Hierarchien verknöchert.

Wir wollen durch mehr Mitwirkungsrechte persönliches Engagement und geistige Vielfalt fördern und Anpassungsdruck zurückdrängen. Die Mitspracherechte aller Beteiligten an Schulen und Hochschulen soll ausgebaut, die Schulverwaltung soll entbürokratisiert werden.

Wir werden

- die Entscheidungsbefugnisse der Schulkonferenz stärken, beispielsweise bei der Entwicklung von Schulversuchen oder der Wahl des Schulleiters,
- die Mitwirkungsrechte der Schülerinnen und Schüler ausbauen, z.B. durch die Versammlung aller Schüler an einer Schule, die Schülervertretung auf Gemeindeebene sowie eine Landeschülervertretung,
- die Stellung des Landeselternbeirats gegenüber dem Kultusministerium stärken, u.a. dadurch, daß das Ministerium künftig nicht mehr mit Hilfe von Rechtsverordnungen Vorschriften für die Geschäftsordnung der Elternbeiräte erlassen kann,
- einen Allgemeinen Studierendenausschuß im Rahmen einer verfaßten Studierendenschaft einführen, der selbstbewußt die Rechte der Studierenden innerhalb und außerhalb der Hochschule vertreten kann,
- ein demokratisch gewähltes Studierendenparlament und rechtsfähige Studierendenschaften zur Vertretung studentischer Interessen einführen,
- die stärkere Mitwirkung aller Gruppen in den Universitätsgremien herstellen,

**Wir werden die
Schulverwaltung
entbürokrati-
sieren.**

-
- die Hochschulen für Berufstätige und Seniorinnen und Senioren öffnen,
 - durch ein mittelfristig angelegtes Überlastprogramm den Hochschulen die längst überfälligen Freiräume für Lehre und Forschung verschaffen,
 - Studienreformmaßnahmen energisch vorantreiben.

5. Die kommunale Demokratie stärken

Wir wollen die kommunale Demokratie stärken, indem wir die Rechte der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in Gemeinde- und Kreisparlamenten sowie die Möglichkeiten der bürgerschaftlichen Mitwirkung verbessern.

Dazu werden wir

- die Durchführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden erleichtern und auch auf Kreisebene einführen,
- die Volkswahl der Landrätinnen und Landräte einführen,
- die Kontrollrechte der Gemeinderäte und Kreistage ausbauen,
- die Vorlage von Plan- und Entscheidungsalternativen als feste Regeln in die Beratungen der kommunalen Entscheidungsgremien einführen,
- nichtöffentliche Beratungen nur in strengen Ausnahmefällen zulassen,
- keine geheimen Abstimmungen zulassen,

-
- die Rechte der Ortschaftsräte und der Bezirksbeiräte stärken, außerdem soll die unmittelbare Wahl der Bezirksbeiräte eingeführt werden,
 - den finanziellen Spielraum der Gemeinden dadurch stärken, daß die Investitionspauschale kräftig erhöht und gleichzeitig die „Töpfchenwirtschaft“ reduziert wird,
 - die Landkreisordnung so ändern, daß Bürgermeister nicht Mitglied des Kreistags sein können.

Wir werden die Durchführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden erleichtern.

6. Die Kultur des guten Zusammenlebens pflegen

Die wahre Kultur einer Gesellschaft zeigt sich daran, wie sie mit den Menschen umgeht, die an den Anforderungen unserer auf Leistung ausgerichteten Wirtschaft gescheitert oder durch Armut, Krankheit, Behinderung, Sucht oder seelische Not aus der Bahn geraten sind, und wie sie ihre Ausgrenzung verhindert.

Wir werden im Zusammenwirken mit Städten und Gemeinden und den freien Wohlfahrtsverbänden dafür sorgen, daß diesen Menschen bei der Wiedereingliederung geholfen wird und daß ihnen ein menschenwürdiges Leben in unserer Gesellschaft ohne Diskriminierung möglich ist.

**Mit einer
vorbeugenden
Sozialpolitik
wollen wir
Gefährdete vor
dem gesellschaftlichen
Abstieg
bewahren.**

Mit einer vorbeugenden Sozialpolitik wollen wir Gefährdete vor dem gesellschaftlichen Abstieg bewahren und Ausgrenzung vermeiden.

Wir wollen das Miteinander der Kulturen im Land leben. Denn wir wissen, daß unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht nur wichtig für unsere Wirtschaft, sondern auch eine wesentliche kulturelle Bereicherung für unser Land sind. Deshalb wird eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung der Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger größeres Gewicht verleihen, sich für die Zulässigkeit doppelter Staatsbürgerschaften einsetzen und eine Grundgesetzänderung für das Kommunalwahlrecht von Ausländerinnen und Ausländern unterstützen – als ersten Schritt hin zu einem allgemeinen Wahlrecht.

Das Grundrecht politisch Verfolgter, in unserem Land Asyl zu finden, werden wir schützen. Wer in seinem Land in Gefahr ist, aus politischen Gründen verfolgt, gefoltert, ermordet zu werden, muß sich und seine Familie retten können. Die SPD hält deshalb am Grundrecht auf Asyl (Grundgesetz Art. 16) und der Rechtsweegegarantie des Art. 19 Abs. 4 GG ohne jedes Wenn und Aber fest. Das Entscheidungsverfahren muß unter Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze so geregelt werden, daß bei offensichtlich unbegründeten Asylanträgen die zügige Zurückweisung möglich ist.

Angesichts des nicht mehr vorhandenen Vertreibungsdrucks von deutschen Nachfahren im Ausland wird sich eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung im Bundesrat für die Beendigung der Vertriebenengesetze einsetzen. Auch hier muß der Gleichbehandlungsgrundsatz Geltung erhalten, daß für Aussiedler dasselbe Verfahren wie für andere Einwanderungswillige Anwendung findet.

Durch eine moderne Zuwanderungspolitik werden wir der Tatsache Rechnung tragen, daß nur eine begrenzte Zuwanderung nach Deutschland sinnvoll ist. Unsere offene Industriegesellschaft kann sich nicht gegen weltweite Mobilität und Wanderungsbewegungen abschotten, wenn sie nicht neue Mauern errichten will. Oberste Priorität muß daher die Bekämpfung der Fluchtursachen und Armutswanderungen sowohl im Nord-Süd- wie auch im Ost-West-Verhältnis haben. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird sich deshalb auf Bundes- und Europaebene für eine solidarische Entwicklungszusammenarbeit in den Krisengebieten engagieren.

Dem Rechtsextremismus und der zur Gewalt neigenden Fremdenfeindlichkeit, vor allem auch bei jungen Menschen, werden wir mit Aufklärung und Sozialarbeit entgegenwirken. Den Schutz der hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer werden wir gewährleisten.

Teilhabe an Kunst und Kultur soll zum Normalfall für jung und alt werden.

7. Die Kultur in der Demokratie fördern

Wir wollen für eine Kultur der Lebensqualität arbeiten. Öffentlich geförderte Kulturarbeit in Land und Kommunen hat demnach immer eine personelle und eine gesellschaftliche Perspektive. Ihr Ziel sollte sein, immer mehr Menschen zu befähigen, ihr Leben selbstverantwortlich in die Hand zu nehmen, ihre Welt erkennen, verstehen und verändern zu können.

Wachsende Freiheit eröffnet neue Möglichkeiten zu kultureller Teilhabe und zu eigenem kulturellen Tun. Dabei können sich geistige und emotionale Fähigkeiten, Phantasie und Kreativität entfalten, die wesentlich auch dazu beitragen, Bilder, Werte und Denkmuster in Arbeit, Freizeit und Politik herauszubilden.

Wir werden uns demnach in den nächsten Jahren auf folgende kulturpolitischen Aufgaben konzentrieren:

- Das Bürgerrecht auf Kultur wollen wir Schritt für Schritt einlösen. Teilhabe an Kunst und Kultur soll vom Privileg zum Normalfall für jung und alt werden.
- Künstlerinnen und Künstlern sind Freiräume zu ermöglichen – um der Kunst willen und um Gegenöffentlichkeit zu bilden gegen Medienindustrie und Freizeitkommerz.
- Wir wollen die Kulturschaffenden einladen, sich in-

tensiver zu beteiligen an einem öffentlichen Diskurs zu den Umbrüchen, zu den Zukunftsfragen unserer Gesellschaft. Kunst soll zuletzt auch Widersprüche artikulieren.

- Wir wollen uns stärker als bisher für andere Kulturen öffnen und auch in der Bildungs- und Kulturarbeit unser Land als multikulturelle Region Europas fördern.
- Die Kunstkonzeption des Landes werden wir zu einer Kulturkonzeption ausbauen im Dialog mit den Kulturschaffenden und Kulturvermittelnden im Lande. Als Fördergrundsätze gelten: Liberalität, Pluralität, Subsidiarität, Dezentralität, Partizipation und Kooperation.
- Spektakuläre Großvorhaben werden wir zurückstellen zugunsten dezentraler Kulturarbeit und kultureller Qualifizierung. Dazu gehört eine stärkere Förderung strukturschwacher Räume.
- Bei der Verteilung der Gelder zwischen Bund, Land und Gemeinden werden wir darauf achten, daß dem Auftrag des Grundgesetzes endlich Rechnung getragen wird, wonach den Ländern die Kulturhoheit obliegt.
Sobald eine kulturfreundliche Verteilung der Gelder durchgesetzt ist, soll Kultur als Pflichtaufgabe für Land und Kommunen in Baden-Württemberg festgeschrieben werden.
- Wir begreifen Kulturförderung auch als Querschnittsaufgabe und werden sie in die regionalen

Unser Baden-Württemberg sollte zu einer europäischen Region der fünf „K’s“ werden, in der Kunst, Kultur, Kreativität, Kompetenz und Kommunikation beheimatet sind.

Strukturprogramme einbetten. Kunst und Kultur sind zu Wirtschafts- und Standortfaktoren ersten Ranges geworden. Kunst und Kultur sind kein Luxus, sondern eigenständige Werte und Teil der Daseinsvorsorge.

Im einzelnen werden wir

- die zersplitterten Zuständigkeiten in der Kulturpolitik in einem Ministerium zusammenführen,
- das künftige Fördervolumen so umstrukturieren, daß kulturelle Bildung und dezentrale Kulturarbeit stärker gefördert werden. Ein besonderer Nachholbedarf besteht in der Unterstützung von Kulturarbeit in ländlichen Räumen sowie der Soziokultur in Stadt und Land. Dafür werden wir auf einzelne Großprojekte wie das Haus der Geschichte verzichten,
- ein Qualifizierungskonzept entwickeln, das die Aus- und Weiterbildung von Profis und Laien im Kulturbereich verstärkt,
- innerhalb des Schulreformansatzes „Andere Kinder brauchen eine andere Schule“ ein Konzept „Ästhetische Erziehung für alle“ in die Diskussion einbringen, das die Kreativität im schulischen und im außerschulischen Bereich fördert.

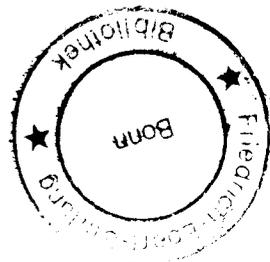
Unser Baden-Württemberg sollte zu einer europäischen Region der fünf „K’s“ werden, in der Kunst, Kultur, Kreativität, Kompetenz und Kommunikation – und zwar gerade auch die menschliche Kommunikation – beheimatet sind!

8. Selbstentfaltung im Sport fördern

Im Sport suchen und finden heute mehr Menschen denn je Fitneß, Gemeinschaft und Selbstverwirklichung. Die Sportvereine sind eine große soziale Bewegung in unserem Land. Sie wollen wir fördern, ihnen die Weiterentwicklung der Sportangebote ermöglichen, das Ehrenamt stärken und unterstützen.

Dem organisierten und dem unorganisierten Sport werden wir deshalb künftig bessere Rahmenbedingungen geben, indem wir

- uns dafür einsetzen, daß die Besteuerung für die Vereine vereinfacht und daß sichergestellt wird, daß der ehrenamtlich erwirtschaftete Gewinn aus dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb dem Sportbetrieb zugeführt werden kann,
- die Sportselbstverwaltung bei der Umsetzung der Frauenförderpläne besonders unterstützen, damit die Frauen im Sport in Leitungsfunktionen besser vertreten sind,
- die nötigen Haushaltsmittel bereitstellen, um die Übungsleitervergütung zu verbessern sowie die Aus- und Fortbildung der Übungsleiter und der Führungskräfte im Sport sicherzustellen,
- den Sportlehrermangel an den Schulen beseitigen und im Sportunterricht die spielerischen Momente sowie die Gesundheitsvorsorge besonders stärken.





Dieter Spöri:

„Wir haben ein ehrgeiziges Programm, um in den neunziger Jahren die Stärke Baden-Württembergs zu sichern. Dies gilt für alle wichtigen Bereiche unserer Lebensqualität.

Wir sind bereit zur Verantwortung für Baden-Württemberg.“



Bei uns in Baden-Württemberg

SPD

